Heft 6-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Hinrich Kuhls: Das EU-Referendum in Britannien

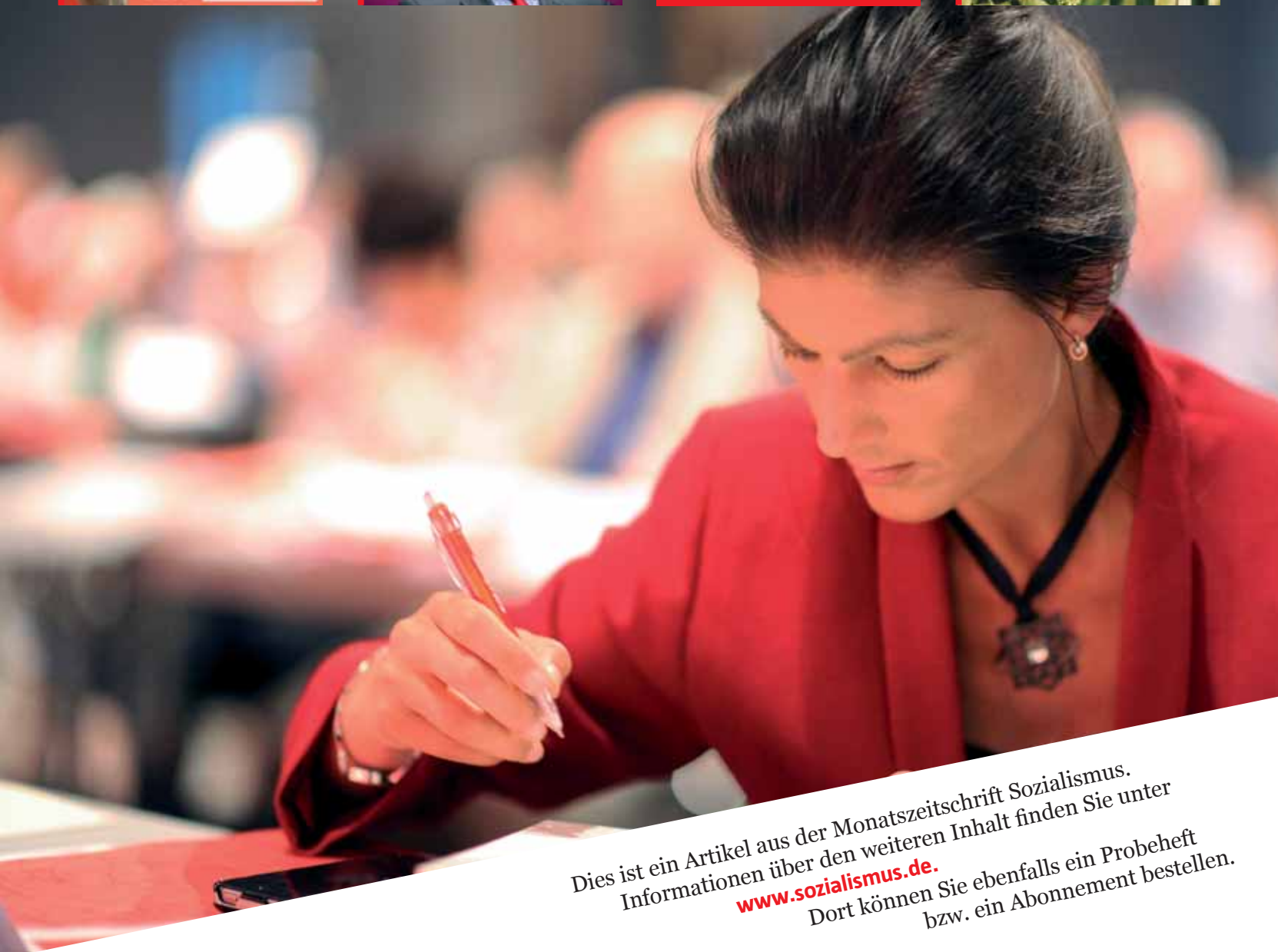
M. Reinhardt/S. Stache/ K. Burmeister: SPD-Krise

Hilde Wagner: Arbeitszeitkampagne der IG Metall

Günter Busch: ver.di-Tarifvertrag Gesundheitsschutz

Forum Gewerkschaften

Joachim Bischoff: Die Kreisläufe des Kapitals



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Ein grüner Präsident in der blauen Republik

Der Grüne Alexander Van der Bellen ist mit hauchdünnem Vorsprung zum Präsidenten von Österreich gewählt worden. Allerdings bleibt wegen des überragenden Stimmerfolges der rechtspopulistischen FPÖ die Herausforderung des Überganges in eine blaue Republik. Mehr... ...

Der Hype um »Nuit Debout«

Die Leute der Bewegung »Nuit Debout« interessieren die Ränkespiele, wer Präsidentschaftskandidat wird, nur am Rande. Die Versammlungen gibt es in einigen Großstädten. Aber sie sind nicht das neue große Ding, das sich manche deutschen Presseorgane davon versprechen. ...

Das Verbrechen zu berichten

Gefängnis für einen investigativen Zeitungsbericht: Das ist Rachejustiz, initiiert im Präsidentenpalast in Ankara und exekutiert von willfährigen Richtern. Cumhuriyet-Chefredakteur Can Dündar und der Journalist Erdem Gül wurden für schuldig befunden, »geheime« Dokumente veröffentlicht zu haben, die türkische Waffenlieferungen im Jahr 2015 an IS-Djihadisten in Syrien belegen. ...

Heft Nr. 6 | Juni 2016 | 43. Jahrgang | Heft Nr. 408

Richtungsentscheidungen für Europa

Hinrich Kuhls: Das EU-Referendum in Britannien
Eine Richtungsentscheidung in Europa 2

Joachim Bischoff/Björn Radke:
Immer wieder Grexit? 7

Thomas Jaitner: Nach der Wahl ist vor der Wahl
Eine zweite Chance für die spanische Gesellschaft am 26. Juni 12

Heinz Bierbaum: Sinistra Italiana
Hoffnung oder weiterer Niedergang? 16

USA und Naher Osten

Ingar Solty: Eine rechte Arbeiterklasse? –
Donald Trump und seine Basis 19

Theodor Bergmann: Wird der Schwelbrand im Nahen Osten
zum Flächenbrand? 24

Linke Strategiedebatten

Max Reinhardt/Stefan Stache/Kai Burmeister: Zurückgefallen hinter eine
erstarkte neue Rechte. Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation 27

Stephan Krüger/Christoph Lieber: Freiheit statt Feudalismus
Gegen Sahra Wagenknechts Autismus in der linken Strategiediskussion 33

Forum Gewerkschaften

Hilde Wagner: Die Zeit ist reif für eine neue
Arbeitszeitkampagne 41

Otto König/Richard Detje: Reallohnplus mit Differenzierung – Kurz- und Langfristwirkungen des Abschlusses in der Metall- und Elektroindustrie 2016 48

Günter Busch: Personalbemessung und mehr
Zum Tarifvertrag Gesundheitsschutz und Demografie an der Charité 50

Otto König/Richard Detje: Arbeitskampf bei Amazon – »Labor des
Widerstands« (zu Jörn Boewe/Johannes Schulten) 54

Kritik der Politischen Ökonomie

Joachim Bischoff: Die Kreisläufe des Kapitals
Alexander Pechmanns Interpretation zum 2. Band des »Kapital« 56

Replik | Rezension | Impressum | Veranstaltungen | Film

Ralf Krämer: Kritik nicht den Rechten überlassen – Zur inhaltlichen
Auseinandersetzung mit der AfD (zu Bischoff/Müller in Heft 4-2016) 63

Wolfgang Krumbein: Wirtschaftswachstum – eine Einführung
(zu Jürgen Leibiger) 66

Impressum 65

Veranstaltungen & Tipps 68

Marion Fisch: Ein Hologramm für den König (Filmkritik) 69

Kritik nicht den Rechten überlassen

Zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD

von Ralf Krämer

»no identity« von flickr/HaPe_Gera, ⓪

In Sozialismus 4/2016 haben sich Joachim Bischoff und Bernhard Müller mit den Auffassungen der AfD und ihrer WählerInnen beschäftigt. Es bringe nichts, sie pauschal als Rassisten oder Rechtsextreme abzustempeln. Aber auch »Neoliberalismus« als »Universalschlüssel« treffe nicht. Sie plädieren für eine grundsätzliche konfrontative Auseinandersetzung, die den Rechtspopulismus genauer trifft.

Das sehe ich auch so. Bei ihrer kritischen Darstellung rechtspopulistischer Positionen entsteht aber zumindest der Eindruck, auch wo es nicht explizit formuliert wird, zu den von den Rechtspopulisten angesprochenen Punkten müsse aus Prinzip immer eine völlig konträre Position eingenommen werden.

Dabei berücksichtigen sie m.E. nicht hinreichend, dass die rechten Parolen zu einigen Fragen in verdrehter Weise Probleme reflektieren, derer sich auch Linke kritisch annehmen müssen.

So ist eine Kritik der neoliberalen Globalisierung und EU-Integration und auch eine Diskussion über sozial und ökologisch ausgerichteten Protektionismus ein linkes Thema, das den Rechten nicht überlassen werden darf. Attac hat sich wesentlich an dieser Frage gegründet. Auch eine Stärkung der wirtschaftlichen Rolle des Staates, besonders der Kommunen, und eine Kritik der verselbständigten politischen Eliten sind linke Themen. Der Kernpunkt ist, dass Linke einer Deutung sozialer und politischer Probleme als nationale Fragen widersprechen und sie stattdessen als Klassenfragen und bedingt durch den neoliberalen Kapitalismus darstellen müssen. Auch die Ansprache von Menschen als »Wir hier unten« sollten wir nicht den Rechten überlassen, sondern klar machen, dass »die da oben« die Superreichen, die Konzerne und ihre Bosse usw. also die Eliten der herrschenden kapitalistischen Klasse sind, nicht etwa Politiker als solche (also egal welcher Partei und Stellung) oder gar Intellektuelle.

Abstrusen Verschwörungstheorien und dem Anspruch der Rechten, »die Wahrheit« zu sagen, muss ebenso entgegengetreten werden wie pauschalen »Lügenmedien«-Anwürfen, vor allem wenn damit die öffentlich-rechtlichen Medien infrage gestellt werden sollen. Andererseits ist konkrete Medienkritik ein traditionell linkes Anliegen und angesichts nicht selten verfälschender oder tendenziöser Darstellungen und der Abhängigkeit privater Medien von Kapitalinteressen und der Verflechtungen führender Medienmenschen mit neoliberalen und neokonservativen Elitennetzwerken mehr als notwendig. Die Nachdenkseiten oder auch diverse Kabarettisten praktizieren das mustergül-

Ralf Krämer ist Mitglied im BundessprecherInnenrat der Sozialistischen Linken in der Partei DIE LINKE. 2015 erschien im VSA: Verlag sein Buch »Kapitalismus verstehen. Einführung in die politische Ökonomie der Gegenwart«.

Ausgabe 2|16

Flucht & Integration

Zeitschrift für Alternative Kommunalpolitik •

Welche Hilfen brauchen traumatisierte Menschen, welche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge? Womit kämpfen ehrenamtliche HelferInnen und was sind die besonderen Schwierigkeiten bei der Berufsausbildung junger Flüchtlinge? Und wie muss es bei den Themen Unterbringung und Finanzierung weitergehen?

Antworten auf diese drängenden Fragen gibt die AKP-Ausgabe 2|2016.

Weitere Themen:

- Nachhaltige Gewerbeansiedlungspolitik
- Science-Fiction und Stadtentwicklung
- Grünes Verwaltungsverständnis
- Neue Wohnungsgemeinnützigkeit
- E-Scooter im Bus

Einzelpreis der AKP: 11 Euro plus 1,30 Euro Versand | Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik
Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

www.akp-redaktion.de

tig und müssen gestärkt werden, auch wenn sie selbst gelegentlich kritisch zu hinterfragen sind. Es wäre eine Verzerrung und Verharmlosung der Realität, bei zentralen Fragen einfach von einer »Pluralität von Diskursen und Meinungen« auszugehen. Marx' Motto »de omnibus dubitandum« (an allem ist zu zweifeln) ist heute wichtiger denn je – gegenüber Verschwörungstheorien und Wahrheitsansprüchen von Rechten ebenso wie von anderen Seiten und insbesondere auch von Regierungen und Massenmedien. Quellenvielfalt und allseits kritische Rezeption sind angesagt.

Die nationalistische, wohlfahrtschauvinistische oder sogar völkisch begründete Gegenposition der AfD gegen die EU, den Euro und die bisherige »Rettungspolitik« gegenüber den Krisenstaaten muss zurückgewiesen werden. Der rassistischen Propaganda der Rechtspopulisten und der von ihnen geforderten Politik der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung von Flüchtlingen müssen sich Linke entgegenstellen und für Menschenrechte und eine solidarische Aufnahme und Integration der Schutz suchenden Menschen eintreten. Aber zugleich müssen die damit verbundenen Herausforderungen ernst genommen und nicht schön geredet werden. Im Mittelpunkt linker Politik müssen die sozialen Interessen der hierzulande lebenden Menschen, seien sie hier geboren oder eingewandert, und die soziale Gestaltung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse stehen. Dabei spielen Regelungen und Auseinandersetzungen auf der (national-)staatlichen Ebene weiterhin die zentrale Rolle, auch zur Durchsetzung einer international solidarischen Politik.[1]

Zugleich darf berechtigte Kritik an der EU, am Euro und der »Rettungspolitik« nicht den Rechten überlassen werden. Es war die PDS, die damals gegen die Einführung des Euro gestimmt hat, und DIE LINKE, die im Bundestag und im Europäischen Parlament nicht nur gegen die Asylrechtsverschärfungen, sondern auch gegen die antisoziale und undemokratische Politik der EU, der EZB und des IWF gegenüber den Krisenstaaten gestimmt hat. Nicht weil diese und die fortschreitende autoritär-neoliberale Formierung der EU vermeintlichen deutschen »nationalen Interessen« widerspräche, sondern weil es eine Politik im Interesse der Banken, der Reichen und der Konzerne und gegen die Mehrheit der Bevölkerung ist.

Ebenso fatal wäre es, angesichts der von rechts vorgetragenen Kritik an der NATO und ihrer antirussischen Politik nun von Links auf solche Kritik zu verzichten. Der Unterschied besteht darin, dass die AfD für eine eigenständige nationale Aufrüstung und imperialistische Politik ist, während die Linke für Abrüstung, Entspannung, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit und internationale Solidarität und Unterstützung für die weniger entwickelten Länder der Erde eintritt. Seit dem AfD-Programmparteitag ist auch klar, dass DIE LINKE die einzige relevante Partei ist, deren Kritik an der NATO ernst gemeint und mit dem Ziel ihrer Auflösung und einem Ausstieg Deutschlands aus der militärischen Integration verbunden ist, während die AfD weiter in der NATO mitmachen will. Die Linke muss mehr als bisher klar machen, dass kapitalistische und imperialistische Internationalisierung etwas ganz anderes ist als die solidarische Überwindung nationaler Enge und Borniertheit, die Linke anstreben.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt die AfD ein widersprüchliches Bild ab. Einerseits ist sie radikal neoliberal, gewerkschaftsfeindlich und anti-wohlfahrtsstaatlich sowie konservativ-familienorientiert und gegen Frauenemanzipation. Hier müssen Linke Aufklärungsarbeit leisten und lohnabhängigen oder sozial benachteiligten Frauen und Männern und insbesondere auch Eltern klar machen, dass diese Politik frontal gegen ihre Interessen gerichtet ist. Andererseits repräsentiert die AfD aber auch einen nach rechts gewendeten Protest gegen Neoliberalismus und Globalisierung. Sie artikuliert dabei Ängste und Verunsicherung von sich sozial bedroht fühlenden Teilen der Bevölkerung und auch Interessen von regional und binnenwirtschaftlich ausgerichteten Fraktionen des kleineren und mittleren Kapitals, die sich von der neoliberalen Globalisierung, die die großen Konzerne und internationalen Finanzinvestoren begünstigt, bedrängt sehen. Diese wenden sich des-

halb z.B. gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA oder fürchten, dass ihre Vermögen ggf. zu erneuten Bankenrettungen irgendwo in der EU herangezogen werden.

Hier gibt es durchaus Übereinstimmungen mit linken, sozial, verbraucherpolitisch oder ökologisch begründeten Positionen. Auch die wirtschaftspolitische Förderung regional ausgerichteter kleinerer Unternehmen ist Linken nicht fremd und wird etwa vom befreundeten Wirtschaftsverband OWUS eingefordert. Linke wären nicht gut beraten, diese Fragen rechts liegen zu lassen. Allerdings sind die linken Antworten weitgehend andere, nämlich dass eine Stärkung der Masseneinkommen und öffentlicher Ausgaben regional und binnenwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen nützt und dass Mindestlohn und allgemein verbindliche Tarife korrekt zahlende Betriebe vor Dumpingkonkurrenz schützen. Die Beachtung und Stärkung der Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ist eine zentrale linke Position, an der nötigenfalls auch kontroverse Diskussionen zu führen sind.

Die Rechtspopulisten treten öffentlich auch mit Forderungen nach direkter Demokratie an und versuchen damit für sich Stimmung zu machen. Bischoff und Müller kritisieren dies als »Verschweizerung Deutschlands« und wenden sich gegen einen »inhaltsleeren Verweis auf Bürgerbeteiligung«. Auch hier schütten sie m.E. das Kind mit dem Bade aus. Die Kritik an einer Abschottung der politischen Eliten von den »einfachen Leuten« und Forderungen nach einer Demokratisierung der Demokratie unter anderem durch die Stärkung von Volksbegehren und Volksentscheiden werden seit Langem von der politischen Linken vorgetragen und dies muss auch weiter ein linkes Anliegen bleiben. Das gilt auch für die Kritik an der Finanzierung der Parteien – allerdings nicht an der staatlichen Finanzierung, sondern an ihrer steuerlich begünstigten Finanzierung durch Reiche und große Unternehmen. Der verbreitete Eindruck politischer Machtlosigkeit hat ja reale Gründe. Statt allerdings wie die Rechten Eigeninteressen der politischen Eliten oder Bürokratisierung zum Hauptproblem zu erklären, müssen Linke die Abhängigkeit und Ausrichtung der Politik an kapitalistischen Interessen immer wieder zum Thema machen und angreifen.

Fazit: DIE LINKE darf auf die Kritik von rechts an der herrschenden Politik und am »System« nicht so reagieren, dass sie anfängt, diese zu verteidigen. Wenn die LINKE als sozusagen linker Flügel des Etabliertenkonsenses und (wenngleich kritischer, aber doch) Legitimationsbeschaffer für die real existierende Postdemokratie erschiene, dann würde dies der weiteren Stärkung der Rechten als vermeintlich einzige Alternative dagegen den Weg bereiten. Auch wenn die Bedingungen sich unterscheiden, zeigt Bernie Sanders in den USA, wie die Unzufriedenheit und Abneigung vieler Menschen gegenüber der sozialen Ungerechtigkeit und der Verquickung des politischen Establishments mit Kapitalinteressen von links angesprochen, zugespitzt und in Mobilisierung für eine linke Alternative umgesetzt werden kann. Ohne ein notwendiges Maß an links-populärer Ansprache, die Stimmungen aufgreift und nicht nur rein rational argumentiert, wird das nicht gelingen können.

Bei aller Notwendigkeit, Nationalismus, Rassismus und die AfD aktiv zu bekämpfen, der autoritäre Neoliberalismus ist weiterhin Hauptproblem und Hauptgegner. Er ist Ursache vieler auch dem Aufstieg der Rechten zugrunde liegender Probleme, und vor allem bestimmt er die herrschende Politik und die reale Entwicklung. Die Hauptgefahr für Demokratie und Sozialstaat droht zunächst mal von hier. Es kommt darauf an, eine linke Alternative dagegen wieder stärker wahrnehmbar und politisch relevant zu machen. Es muss stärker als bisher im politischen Profil der LINKEN deutlich werden, dass sie die einzige wirkliche, soziale, demokratische und humane Alternative zur herrschenden Politik ist.

[1] Vgl. dazu ausführlicher Ralf Krämer: Überdehnter Anspruch. Gegen die Illusionen vom transnationalen Proletariat, in Neues Deutschland am 9.5.2016, www.neues-deutschland.de/artikel/1011109.ueberdehnter-anspruch.html.

Impressum

Die Zeitschrift ist ein Forum für die politische Debatte der Linken. Manuskripte und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Sozialismus wird herausgegeben von Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Klaus Bullan, Frank Deppe, Otto König, Sybille Stamm, Michael Wendl und SOST e.V.

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27, 20042 Hamburg
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-40
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de
www.sozialismus.de

Redaktionssekretariat:
Bernhard Müller
Redaktion: Richard Detje, Marion Fisch, Christoph Lieber, Bernhard Müller, Björn Radke, Bernhard Sander, Klaus Schneider, Gerd Siebecke

Bezugsbedingungen:
Sozialismus erscheint 11 x jährlich (10 Hefte und 1 Doppelheft)
Einzelheft € 7,- | Abonnement € 70,- | Auslandsabo € 90,- inkl. Porto | Ermäßigtes Abo € 50,- | Förderabonnement € 150,- | 350,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Abo-Jahrgangs.

Konto für Spenden und Abonnements:
Richard Detje | Hamburger Sparkasse
IBAN: DE28 2005 0550 1268 1209 77
BIC: HASPDEHH

Druck und Buchbindearbeiten:
nettprint Hamburg
ISSN 0721-1171

© 2016 Sozialistische Studiengruppe e.V.

Umschlagfoto: Sahra Wagenknecht beim Parteitag der Linken, Göttingen, 3.6.2012 (Foto: Jochen Lübke dpa/lni)

Beilage:
PapyRossa Verlag

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Wer rettet ❒ Mandel ❒ Urban

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Wer rettet ❒ Mandel ❒ Urban

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de